

16.05.2023

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1714 vom 17. April 2023
des Abgeordneten Dr. Werner Pfeil FDP
Drucksache 18/4008

Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen verlassen die Justiz und wechseln in andere Berufsfelder

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Nach Auskunft von Richterinnen und Richtern an den nordrhein-westfälischen Gerichten ist zu beobachten, dass Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger vermehrt die Justiz verlassen und in andere Berufsfelder wechseln. Besonders häufig soll es zu Wechseln in die kommunale Verwaltung kommen.

Der Minister der Justiz hat die Kleine Anfrage 1714 mit Schreiben vom 16. Mai 2023 namens der Landesregierung beantwortet.

- 1. Wie viele Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger gaben ihre Tätigkeit in der Justiz in den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 aufgeschlüsselt nach Jahren auf? (Abgänge durch Pensionierung sollen unberücksichtigt bleiben.)***

In den Jahren 2019 bis 2022 hat es folgende Abgänge von Rechtspflegerinnen und Rechtspfliegern aus der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen gegeben (ohne Pensionierungen):

Jahr	2019	2020	2021	2022
Abgänge	18	27	41	35

- 2. Ist bekannt, in welche Berufsfelder die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger wechselten? Bitte die Anzahl nach Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022 aufschlüsseln.***

Es ist nicht in allen Fällen bekannt, in welche Berufsfelder die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger wechselten. Soweit bekannt, wechselten sie in folgende Berufsfelder:

Jahr	2019
Ziel des Abgangs (soweit bekannt)	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Verwaltung (4 Abgänge) • Polizei NRW (2 Abgänge) • Landesrechnungshof (1 Abgang) • Staatskanzlei NRW (1 Abgang) • Auswärtiges Amt (1 Abgang) • Bezirksregierung (1 Abgang) • Landschaftsverband (1 Abgang) • Universität (1 Abgang) • Bundesverwaltungsamt (1 Abgang) • sonstiger öffentlicher Dienst / Verwaltung (5 Abgänge)

Jahr	2020
Ziel des Abgangs (soweit bekannt)	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Verwaltung (8 Abgänge) • Polizei NRW (2 Abgang) • Landesrechnungshof (1 Abgang) • LBV NRW (1 Abgang) • sonstiger öffentlicher Dienst / Verwaltung (9 Abgänge)

Jahr	2021
Ziel des Abgangs (soweit bekannt)	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Verwaltung (11 Abgänge) • Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (1 Abgang) • Landesamt für Finanzen NRW (2 Abgänge) • Hauptzollamt (1 Abgang) • Bundesverwaltungsamt (1 Abgang) • Bundesamt für Justiz (1 Abgang) • Rechtsanwaltskanzlei (1 Abgang) • Studium (1 Abgang) • sonstiger öffentlicher Dienst / Verwaltung (18 Abgänge)

Jahr	2022
Ziel des Abgangs (soweit bekannt)	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Verwaltung (13 Abgänge) • Polizei NRW (5 Abgänge) • Bezirksregierung (1 Abgang) • Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (1 Abgang) • Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (1 Abgang) • Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW (1 Abgang) • Justizverwaltung Hamburg (1 Abgang) • sonstiger öffentlicher Dienst / Verwaltung (8 Abgänge)

3. Wie viele Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger wechselten in die kommunale Verwaltung, geordnet nach den Jahren 2019, 2020, 2021 und 2022?

Jahr	2019	2020	2021	2022
Wechsel in die kommunale Verwaltung	4	8	11	13

4. Aus welchen Gründen wechselten die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in andere Berufsfelder?

Nicht in allen Fällen ist bekannt, aus welchen Gründen ein Wechsel in ein anderes Berufsfeld erfolgte. Soweit bekannt, wurden als Gründe für einen Wechsel in andere Berufsfelder von den Betroffenen angeführt:

- Wohnortnähe;
- bessere Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten;
- dienstpostengerechte Besoldung;
- bessere Berufsperspektive;
- (bessere) Möglichkeit zur Telearbeit;
- Reduzierung der Arbeitsbelastung;
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf;
- „vielfältigeres“ oder „interessanteres“ Aufgabengebiet;
- berufliche Neuorientierung durch Übernahme einer Tätigkeit außerhalb der Rechtspflege;
- persönliche Gründe.

Dabei wurden insbesondere die Wahl eines wohnortnäheren Arbeitsplatzes sowie bessere bzw. schnellere Beförderungsmöglichkeiten als Motiv für einen Berufswechsel angegeben.

5. Aus welchen Gründen wechselten die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in die kommunale Verwaltung?

Nicht in allen Fällen ist bekannt, aus welchen Gründen ein Wechsel in die kommunale Verwaltung erfolgte. Soweit Gründe für einen Wechsel in die kommunale Verwaltung angegeben wurden, decken sich diese im Wesentlichen mit den oben zu Frage 4 genannten Gründen. Auch hier wurden insbesondere die Wahl eines wohnortnäheren Arbeitsplatzes sowie bessere bzw. schnellere Beförderungsmöglichkeiten als Motiv für einen Berufswechsel angegeben.